

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Max Schölerer  
Verleger: Max Schölerer  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft  
Königsplatz 10, Dresden

Abend-Ausgabe des Dresdner Nachrichten  
7 mal wöchentlich 2.50 Mk. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr  
Sonntagsausgabe 1.50 Mk. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr  
Anzeigenpreise: 1. Zeile 1. Tag 1.00 Mk., 2. Tag 0.80 Mk., 3. Tag 0.70 Mk., 4. Tag 0.60 Mk., 5. Tag 0.50 Mk., 6. Tag 0.40 Mk., 7. Tag 0.30 Mk.  
Langfristige Anzeigen werden separat abgerechnet.

Druck u. Verlag: Neppach & Reichardt  
Königsplatz 10, Dresden  
Telefon: 1000  
Eigentümer: Max Schölerer

## Macdonalds Wochenendbesuch in Paris

### Die Reparationen als Sauschobjekt?

Paris, 10. Juni. Der bevorstehende Besuch des englischen Ministerpräsidenten Macdonald wird auch weiterhin in der französischen Presse lebhaft begrüßt. Die „Gazette“ ist der Auffassung, daß die Abreise, die der englische Ministerpräsident bisher stets für Verhandlungen mit Frankreich auf französischem Boden angeht, in erster Linie durch den Wortlaut der Reiterungserklärung überwinden worden sei. Auf der anderen Seite verdanke Frankreich die Herabsetzung in der bisherigen Haltung Macdonalds aber auch den politischen Ereignissen in Deutschland, die England sicherlich die Augen geöffnet hätten. Die „Republique“, das Organ des linken Flügels der Radikalsozialistischen Partei und insbesondere des gegenwärtigen Ministers für öffentliche Arbeiten, Daladier, spricht sich im Zusammenhang mit den bevorstehenden großen Konferenzen für ein weitgehendes Entgegenkommen Frankreichs gegenüber den deutschen Forderungen aus.

Ueber den Militarismus hinweg, der augenblicklich Herr in Deutschland sei, dürfe man das Elend des deutschen Volkes nicht vergessen. Um den Krieg ein für allemal auszuschließen, müsse man sowohl seiner Unfähigkeit, die Reparationszahlungen zu leisten, wie auch verbleibenden gerechtfertigten Forderungen bezüglich des Danziger Korridors und der Kolonialrechnung tragen.

Bei den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen werde es sich nicht um die Wiederherstellung der alten „Entente cordiale“ handeln, sondern lediglich um einen gegenseitigen Gedanken- und Willensausgleich, den die augenblickliche Lage dringend notwendig mache. Das „Journal“ bezieht insbesondere die Erklärungen Stimson's, die der französische Reparationsminister in Lausanne sehr ausgiebig seien. Stimson sei der gleichen Auffassung wie Frankreich, daß nämlich die von Deutschland übernommene Verpflichtung beibehalten werden müßte und daß es sich bei den bevorstehenden Besprechungen nur um zeitliche Änderungen handeln könne. Diese Änderungen

müßten jedoch gleichzeitig auf die interalliierten Schulden angewandt werden, denn Amerika könne nur dann bezahlt werden, wenn seine Gläubiger bezahlt seien.

Aus London wird dazu gemeldet: Es bestätigt sich, daß Herrriot der englischen Regierung

Andeutungen über die französische Reparationspolitik gemacht hat, als er die Einladung an Macdonald übermittelte. Die Bemerkungen sind jedoch allgemein gehalten. Sie lehnen sich eng an die Erklärungen Herrriots in der Kammer an, enthalten also keine greifbaren Vorschläge. Die vom „Daily Express“ gebrachte Meldung, daß in Lausanne Vorschläge für eine allgemeine Herabsetzung der Reparationen und Kriegsschulden gemacht werden würden, wird in London als ein aus französischer Quelle stammender Verleumdungsballon angesehen. Soweit England in Frage komme, sei der Plan einer Herabsetzung der Reparationszahlungen schon vor längerer Zeit fallen gelassen worden und bilde, wie berichtet wird, nicht mehr einen Teil der englischen Politik. In politischen Kreisen verläßt sich der Eindruck, daß der englischen Abordnung sehr weite Verhandlungsmöglichkeiten offen gelassen worden sind.

In London sind Gerüchte im Umlauf, daß England, wenn Frankreich einer völligen Streichung der Reparationen zustimme, auf Deutschland im Falle eines Entgegenkommens in der Abrüstungsfrage Frankreich gegenüber hinwirken werde.

Die englischen Vertreter, so meldet „Star“, würden sich für die vollständige und allgemeine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen einsetzen. „Manchester Guardian“ nimmt gegen die Pläne Stellung, Deutschlands Reparationszahlungen auf etwa 200 Millionen Mark im Jahr herabzusetzen. Diese Summe würde eine sehr hübsche Last für das Deutsche Reich darstellen, das nicht wisse, wie es seine Einnahmen vergrößern oder seine Ausgaben vermindern könne, ohne soziale Unruhen hervorzurufen.

## Günstiger Eindruck der Rede v. Gays

Die große Programmrede des Reichsinnenministers v. Gays in der gestrigen Sitzung des Reichsrates ragte nach Form und Inhalt weit über die vielen Ministerreden der Nachkriegszeit hinaus. Denn hier sprach eine Persönlichkeit, die über Parteipositionen und Parteiprogramme hinaus in einem durchaus eigenen Stil ihre politischen Gedanken vorbrachte. Das hat seinen Eindruck auf die Delegationen nicht verfehlt. Selbst die Stellen, in denen Gays unter schärfster Zurückweisung der Gerüchte, die von einer angeblichen Wenderung der Staatsform wussten, als erster Minister der Republik ein persönliches Bekenntnis zur Monarchie ablegte, haben sogar in demokratischen Kreisen Verständnis gefunden. Man hat dort begriffen, daß, wie die demokratische „Vossische Zeitung“ es formuliert hat, ein persönliches Bekenntnis zur Monarchie auf republikanischer Seite das Vertrauen zur Vollziehung des Verfassungsministers nicht zu mindern braucht. Aus diesen Gründen ist es nicht verwunderlich, daß selbst die leidenschaftlichsten Anhänger der Weimarer Verfassung keine Anstöße mehr nehmen, wenn ein Innenminister von der Reformbedürftigkeit des Werkes der Nationalversammlung spricht. Ueber die Notwendigkeit einer Reform sind sich heute alle politischen Kreise einig. Der Streit geht lediglich noch um das Ausmaß und die Richtung, in der sich das Reformwerk zu bewegen hat.

Auch die Rede Gays atmet denselben Geist national-konservativer Weltanschauung, der schon die Regierungserklärung Schaar von allen bisherigen Kundgebungen der verantwortlichen Führer der Reichspolitik schied. Zur Verwirklichung aller jener Untertaten, die aus Furcht, die letzten Vollwerke ihrer Herrschaft zu verlieren, über Nacht ebenso fanatische Zwecküberdrillen wurden, hat der Innenminister die klare und selbstverständliche Festsetzung gemacht, daß im gegenwärtigen Augenblick an eine Reichsreform nicht gedacht wird. Das durch Gays ganze Vergangenheit begründete Bekenntnis zum Föderalismus hat wohl auch gesagt, wie wenig die Reichsregierung daran denkt, sich in die inneren Verhältnisse der Länder einzumischen.

Besonders wohlwollend hat nach den Ereignissen der letzten zwölf Jahre das harte Eintreten für die nationale Bewegung verfahren. Die Zurückweisung des Vorwurfs der reaktionären Gesinnung, mit dem die Linke von ihren eigenen Fehlern ablenken möchte, wurde durch ein wirkungsvolles Bekenntnis zu der Aufgabengemeinschaft aller arbeitenden Volksschichten entschieden zurückgewiesen. Alles in allem, und das bemerkt auch das Echo der Rede, hat Gays als aufrechte Persönlichkeit und durch sehr von idealer Weltanschauung getragenes politisches Programm Achtung auch bei politischen Gegnern gefunden.

Unter den Berliner Wählern heißt die „D.N.Z.“ hervor, daß die Programmrede des Reichsministers von Gays der gepfeiften Kundgebung und den diplomatischen Umgangsformen des Reichsrates Rechnung getragen hätte. Die Rede habe mehr Wert auf das Verbindende, als auf das Pro-

blematische gelegt. Sie sei darauf abgestellt gewesen, Mißverständnisse und Mißtrauen auszuräumen. Sie dürfe diese Aufgabe, nach dem Eindruck unter den Ländervertretern zu urteilen, auch erfüllt haben. Selbst die liberalen Kreise neuartiger Prägung können an der Forderung sein: Der Reichsinnenminister habe von einem Reichskommissar nichts erwähnt, sondern nur das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen preussischen Regierung als notwendig bezeichnet. Die Reichsregierung habe er als noch nicht spruchreif bezeichnet. Besonders bedeutsam seien die anschließenden Erklärungen zur Verfassungsfrage gewesen, in denen er die Unterstellung, die gegenwärtige Zeit sei geeignet, oder die neue Reichsregierung beabsichtige gar, das heilige Elfen ein Wenderung der Staatsform anzupacken, von sich wies. Das Blatt ist der Meinung, daß diese Erklärungen innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen günstig wirken werden. Das gleiche gelte für die Auseinandersetzung mit dem Vorwurf reaktionärer Gesinnung.

Der „Vossischen Zeitung“ ist, wie in ihrem Kommentar zum Ausdruck kommt, mit dieser Rede gleichsam ein Stein vom Herzen gefallen. Das Blatt, das jahrelang immer wieder das Problem der Reichsreform in den Vordergrund seiner Erwägungen gestellt hatte, fühlt sich auf einmal bemüht, dem Reichsinnenminister zu applaudieren, weil dieser diese Aufgabe als nicht dringlich dargestellt habe. Ebenso steht es mit der Verfassungsreform. Auf der anderen Seite bemängelt das Blatt aber, daß irgendwelche Hinweise auf politische Ziele in der Rede des Reichsinnenministers gefehlt hätten, eine sehr merkwürdige Auffassung, zumal in dem gleichen Zeitartikel ja die Reserve, die sich der Reichsinnenminister gegenüber den wirklich dringenden innenpolitischen Problemen aufrecht hat, gleichfalls begrüßt wird. Das Blatt stellt weiter fest, daß die Erklärung eines Mannes wie Gays dahel und draußen beruhigend und klärend wirken werde. Jedenfalls hat der Reichsinnenminister Gays mit seiner Rede bei der demokratischen „Vossischen Zeitung“ eine ausfallend freundliche Stellungnahme zu verzeichnen.

Der „Tag“ betont, in Gays Programm werde jeder nicht vom Parteistand verblendete Deutsche einen acienten Ausgangspunkt für eine erzieherische Arbeit sehen müssen. Der „Hörsing-Courier“ stellt fest, daß die Rede des Reichsinnenministers vor dem Reichsrat eine aufrichtige Rede gewesen sei. Das auffälligste sei gewesen, daß zum ersten Male ein Minister der Republik ein klares Bekenntnis zur Monarchie abgegeben habe. Auch der „Vorwärts“ bezeichnet als politisch besonders wichtig das offene Bekenntnis von Gays zur Monarchie.

Deutschnationaler Spitzenkandidat in Weiskirchen. Die Deutschnationalen haben im Wahlkreis Chemnitz-Plauen als Spitzenkandidaten wieder den bisherigen Abg. Sosprediger Doehring aufgestellt.

## Die Lausanner Konferenz und die Kirchen

Basel, 10. Juni. Am Beschluß des „Ökumenischen Rates für praktisches Christentum“ fand hier eine ökumenische Studienkonferenz über Arbeitslosigkeit statt, die sich aus Vertretern der Kirchen in Deutschland, Frankreich, England, Holland, Schweden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Vertretern der Wirtschaft zusammensetzte. Die Präsidenten des Ökumenischen Rates versichern in einer Kundgebung die Staatsmänner der in Lausanne vertretenen Länder der besonderen Aufmerksamkeit und Teilnahme, mit der sie auf die Verhandlungen der Lausanner Konferenz blickten, und geben ihren ernstlichen Wünschen Ausdruck, daß die Beratungen der Konferenz zu einem wirklichen Erfolge führen.

Eingehende Darlegungen sind der Weltverschuldung, den interalliierten Schulden und den Reparationsschulden gewidmet, die die internationalen Beziehungen vergiftet. Es erhebt sich die Frage, „ob nicht ein Festhalten an diesen Verpflichtungen zu neuen Erschütterungen führt und ob nicht eine Verminderung dieser Lasten ein Gebot des Tages ist“.

Auch auf die verheerenden Folgen der massenhaften Kündigung kurzfristiger Kredite wird hingewiesen. Für die Neuregelung der Schulden sollte der Grundgedanke der gleichmäßigen Verantwortlichkeit von Gläubiger- und Schuldnerländern maßgebend sein. Aufgabe der christlichen Kirchen sei es, ihren erzieherischen und selbstgerechten Einfluß dafür einzusetzen, daß die Räte dieser Zeit vor allem von den am schwersten getroffenen Volksschichten und jedem einzelnen ohne inneren Zusammenbruch ertragen werden können.

## Vor Programmreden des Kanzlers

Berlin, 10. Juni. An der 62. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates, die morgen, Sonnabend, um 9.30 Uhr im ehemaligen Herrenhaus stattfindet, wird auch Reichskanzler v. Papen teilnehmen und voraussichtlich in einer kurzen Ansprache das Wort ergreifen. Im weiteren Verlauf der Tagung wird der Reichsernährungsminister Freiherr v. Braun sein Landwirtschaftsprogramm entwickeln. Der Reichskanzler wird außerdem am Sonnabendvormittag um 11 Uhr vor den Vereinigten Reichsratsausschüssen sprechen.

Vom Reichsarbeitsministerium wird entgegen anderslautenden Meldungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung eine Beschlagung der sozialen Einrichtungen nicht beabsichtige. Ueber die Befehung des Staatssekretärpostens in diesem Ministerium ist noch keine Entscheidung gefallen. Der Leiter des Landesamtes in Stuttgart, Kälin, hat es abgelehnt, den Staatssekretärposten zu übernehmen.

Der deutsche Außenminister v. Neurath wird am Freitagmittag nach Berlin zurückkehren. Es werden sodann die Beratungen über die Haltung der deutschen Delegation in Lausanne beginnen. Da der Außenminister v. Neurath infolge seiner langjährigen Tätigkeit als Vizekanzler das dienstälteste Mitglied des Reichskabinetts ist, ist er stellvertretender Reichskanzler. Ein Vizekanzler ist vom Kabinett nicht besonders ernannt worden.

Es gehen in Berlin Gerüchte um, daß sich der Deckungsbedarf als weit größer herausstelle als ursprünglich angenommen wurde. Man spricht von einer Beschlagung in Höhe von 1 1/2 bis 2, ja sogar von 2 1/2 Prozent. Diese Gerüchte sind aber mit größter Vorsicht aufzunehmen.

## Kommunalvertreter beim Reichsfinanzminister

Berlin, 10. Juni. Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk empfing heute den geschäftsführenden Präsidenten des Reichsstadtebundes, Dr. Doefel, der dem Minister im Hinblick auf die kommende Reichsnotverordnung die besonders schwierige Lage der kleineren und mittleren Städte darlegte. — Aus kommunalen Kreisen hört das Nachrichtenbüro des Reichs, daß die Gemeinden Anlaß zu der Vermutung zu haben glauben, daß auch die Regierung Papen mindestens die 700 Millionen für die Gemeinden bereitstellen wolle, die das Kabinett für die Gemeinden vorgeesehen hatte. Dagegen ist noch ungeklärt, wie die Beteiligung der Kommunen an der Arbeitslosenversicherung nach den angekündigten Reformen der Reichsregierung sich gestaltet.

## Gregor Straßer spricht im Rundfunk

München, 10. Juni. Wie die Nationalsozialistische Parteiforrespondenz meldet, wird am kommenden Dienstag Gregor Straßer von 19 bis 19.30 Uhr im Rundfunk über das Thema „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“ sprechen. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen. — Adolf Hitler wird wahrscheinlich erst später, unmittelbar vor den Wahlen, grundlegende Ausführungen im Rundfunk machen.

## Am die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

München, 10. Juni. In der Meldung, daß der Abgeordnete Breitscheid die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt habe, berichtet der „Vossische Beobachter“, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Fricke, in der Angelegenheit an den Außenminister von Neurath geschriben habe.

MK  
MK